

**Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus.
Bestandsaufnahme und Perspektive der Forschung**

Internationale Tagung der Präsidentenkommission der Max-Planck-Gesellschaft "Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus" vom 10.-13. März 1999 in Berlin

Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Hubert Markl, charakterisierte in seiner Eröffnungsrede die Erforschung der Geschichte der KWG im NS-System als eine längst überfällige Pflicht. Deshalb hat die MPG ein zunächst auf 5 Jahre geplantes Forschungsprogramm ins Leben gerufen. Ziel des Unternehmens, so der Vorsitzende der Präsidentenkommission Reinhard Rürup (Berlin), sei die fundierte Analyse der Funktion der KWG für das NS-System, woraus sich auch wichtige Erkenntnisse hinsichtlich des Wiederaufbaus der Wissenschaften nach 1945/49 ergäben. Wie Doris Kaufmann (Berlin), die wissenschaftliche Leiterin des Programms, ausführte, umfaßt das Forschungsprogramm mit den medizinischen, genetischen und psychiatrischen Forschungen und der NS-Rassen- und Bevölkerungspolitik, der Ost- bzw. "Lebensraumforschung" sowie der Rüstungs- und kriegsrelevanten Forschung an KW-Instituten unter den Bedingungen des Vierjahresplans und der Kriegswirtschaft drei Schwerpunktbereiche.

Jonathan Harwood (Manchester) fragte in der ersten Sektion "Selbstverständnisse und politische Option von Wissenschaftlern in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts" nach dem Wandel des politisch-gesellschaftlichen Selbstverständnisses der Wissenschaftler vom Ende des 19. Jahrhundert bis zur NS-"Machtergreifung". Er schlug eine grobe Klassifizierung in eine Gruppe von "Mandarinern" mit zwar unpolitischem, gleichwohl dem konservativen Gesellschaftsideal verpflichtetem Selbstverständnis vor, der eine Gruppe von forschungsstrategisch anwendungsorientierten "Experten" gegenüberstehe, die ein parteipolitisches Engagement mit ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit für vereinbar hielten ("Politics and the Self-understanding of German Academics 1890-1933"). Ein für die Zeit vor 1933 herausragendes Beispiel ist die Geschichte Fritz Habers, an dem Margit Szöllösi-Janze (München) die "Kooperationsverhältnisse von Staat/Militär, Wirtschaft und Wissenschaft" veranschaulichte. Sie sieht drei Typen von Wissenschaftlern, den Mediator, den Organisator und den Innovator, der den modernen Typus vernetzter Forschung repräsentiere. Mit der Einführung des Gaskrieges als ultimativem Tötungsmittel und mit dem Projekt des "Meergoldes", mit Hilfe dessen die Reparationslasten gemildert werden sollten, zeige sich eindrücklich die Außenbestimmung der wissenschaftlichen Forschung sowie die "technokratischen Allmachtsphantasien" ihrer Protagonisten. Jeffrey Herf (Ohio) dagegen hinterfragte die besonderen kulturell-politischen Wurzeln im Selbstverständnis von Ingenieur- und Naturwissenschaftlern, mit denen in Nazi-Deutschland die Umsetzung der "Endlösung" möglich wurde. Die Versöhnung der deutsch-romantischen "Innerlichkeit" mit den Auswirkungen moderner Technik ("reactionary modernism") verschleierte in gewissem Maße die Tatsache, daß das NS-System weit mehr Elemente der Moderne integrierte. Susanne Heim (Berlin) verwies auf die vielfältigen Wirkungsmöglichkeiten von Wissenschaftlern für die NS-Politik - bei der Durchführung von Forschungsaufträgen, in Beraterstäben, als Autoren wissenschaftlicher Expertisen ("Vordenker der Vernichtung"). Speziell das besetzte Osteuropa bot als großes Versuchsfeld umfangreiche Forschungsmöglichkeiten. Das Beispiel von Auschwitz als Forschungsstandort zeige, daß es keine hermetische Abschottung und Geheimhaltung gab, vielmehr offensichtlich ein großer Besucherstrom existierte. Ulrich Herbert (Freiburg) entwarf in seinem Kommentar einen Katalog von vier Typen der Vergangenheitsbewältigung von Wissenschaftlern nach 1945: Das Recht auf den politischen Irrtum, die indifferente Haltung gegenüber dem Regime, den Opportunismus und schließlich die politisch-ideologische

Zustimmung. Die häufige Äußerung, mit dem Regime in Widerspruch gestanden zu haben, greife deshalb nicht, weil das Regime solche Debatten zuließ, deren Partizipanten sich selbst nicht als Nationalsozialisten verstanden, jedoch letztlich die Trägergruppen des Regimes repräsentierten und die Durchführung von Rüstung, Eroberung und Vernichtung ermöglichten. Das NS-Regime sei nicht als "Machtergreifung" der NSDAP, sondern des national-konservativ-antisemitischen Deutschland mit all seinen unterschiedlichen Schattierungen zu sehen.

Konkrete Beispiele für die Beteiligung der KWG an der Umsetzung der NS-Rassenideologie wurden in der zweiten Sektion "Rassenhygienische und genetische Forschungen in Kaiser-Wilhelm-Instituten und nationalsozialistische Rassenpolitik" vorgestellt. Matthias M. Weber (München) sprach über den Leiter der genealogisch-demographischen Abteilung der Deutschen Forschungsanstalt/KWI für Psychiatrie, Ernst Rüdin, der die Zwangssterilisation wissenschaftlich vorformuliert und politisch gesellschaftsfähig gemacht habe. Diese Forschungsrichtung habe hohes internationales Ansehen gehabt und könne daher kaum zur bloßen "NS-Pseudowissenschaft" heruntergespielt werden. Auch die "Erbpsychologische Forschung aus dem Umkreis des KWI für Psychiatrie im Kontext der 'Euthanasie'", über die Volker Roelcke (Bonn) vortrug, veranschaulicht die "untrennbare Verbindung von Gesellschaft, Wissenschaft und Politik." Nicht nur, daß Wissenschaft in Dienst gestellt wurde, gesellschaftliche Probleme zu lösen, vielmehr definierte die Psychiatrie diese Probleme selbst und bot — zum eigenen Vorteil — Lösungsstrategien an. Im Rahmen von Forschungsprogrammen sei es auch zur Tötung von Kindern gekommen. Speziell im Hinblick auf die Kontinuitäten sei die Aufarbeitung der Geschichte dieses KWI wichtig, da es heute in den USA zu einer Renaissance des genetischen Ansatzes Rüdins komme. Jürgen Peiffer (Tübingen) analysierte die "neuropathologische Forschung an 'Euthanasie'-Opfern in zwei Kaiser-Wilhelm-Instituten", in denen wiederum Menschenversuche durchgeführt wurden. Robert Proctor (Philadelphia) sprach über "The Nazi War on Cancer", der auf die Verbesserung der "Volksgesundheit" zielte, nachdem umfangreiche Studien den direkten Zusammenhang zwischen Lungenkrebs und Tabakkonsum erwiesen hatten. Benno Müller-Hill (Köln) beklagte den mangelhaften Quellenzugang bei der Erforschung der Arbeiten Otmar v. Verschuers vom KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, in dem Blutproben verschiedener "Rassen" untersucht wurden, die in Auschwitz von Mengele genommen worden seien ("The Blood from Auschwitz and the Silence of the Scholars"). Gisela Bock (Berlin) unterstrich in ihrem Kommentar die Funktion der Wissenschaftler als Stabilisatoren und Legitimatoren des NS-Systems. Sie formulierten jene Kriterien, nach denen später selektiert wurde. Das Quellenproblem sei auch eine Folge der Vergangenheitspolitik der 1950er Jahre, von der selbst das Institut für Zeitgeschichte nicht verschont geblieben sei. Hinsichtlich der Frage der internationalen Reputation deutscher Spitzenwissenschaft verwies sie auf das Phänomen der Selbstgenerierung des eigenen Prestiges in scientific communities.

In der dritten Sektion "Rüstungsforschung und 'kriegsrelevante' Forschung" vertrat Ute Deichmann (Köln) die These des allgemeinen Niedergangs der Wissenschaften im NS-System ("War-related Chemical Research at the Kaiser-Wilhelm-Institutes for Chemistry, Medical Research, and Physical Chemistry"). Dies sei zum einen durch den Aderlaß der Vertreibung der jüdischen Wissenschaftler ausgelöst, zum andern durch die Berufung eher durchschnittlicher Forscher wie Peter Adolf Thießen, Direktor des KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie von 1935-1945, in den Reichsforschungsrat. Daher sei trotz deutlich steigender Forschungsmittel weniger erreicht worden. Wie sehr sich die angeblich wertfrei-grundlagenerforschende "reine" Mathematik bei kriegsrelevanten Projekten engagierte, wurde durch den Beitrag von Moritz Epple (Mainz/MIT) deutlich. Die "Kriegsforschung und 'kriegswichtige Forschung'" auch von KWI-Mathematikern fand in Projekten u.a. für Peenemünde und die Luftfahrtindustrie statt. Auch hier kam es zur erheblichen Ausweitung der Forschungsmittel, und die mathematische Forschung wurde auf technische Bedürfnisse konzentriert. Die Auswirkungen der Vergangenheitspolitik verschiedener scientific communities

auf die Einschätzung ihrer Bedeutung für die Entwicklung der technischen Mittel der Kriegführung thematisierte Michael Eckert (München) am Beispiel der "Theoretischen Physiker in Kriegsprojekten". Er widerlegte die Legende vom "Krieg der Physiker" und machte außerdem die "Problematik einer international vergleichenden Analyse" sichtbar: War zum einen das "Manhattan-project" zur Herstellung der Atombombe ein chemisch-technologisches Großvorhaben, das maßgeblich von Ingenieur- und nicht Naturwissenschaftlern betrieben wurde, könne dies mit dem von seinen institutionellen Gegebenheiten zwerghaften "Uran-Verein" nicht verglichen werden. Auch werde der Mythos vom "Niedergang" der Theoretischen Physik in Deutschland obsolet, da die "Deutsche Physik" als "absurdes Nebentheater" letztlich ohne Auswirkungen auf das Fach geblieben sei. Bezüglich des Verhältnisses von Wissenschaftlern zum NS stellte Mark Walker (Schenectady, New York) fest, daß es von Seiten der Wissenschaftler keine Hemmung gegeben habe, dem Regime auch Massenvernichtungsmittel zur Verfügung zu stellen, ebenso, wie dies vor und nach 1945 die Wissenschaften in den USA und der SU getan hätten ("Die Kernspaltung, das Uranprojekt und die Vergangenheitsbewältigung"). Der Unterschied liege in der Vergangenheitspolitik, die deutsche Physiker nach 1945 vor das prestigeschädigende Dilemma gestellt habe, weder fähig gewesen zu sein, die Atombombe de facto zu bauen, noch moralisch-politisch korrekt ihre Entwicklung gezielt verhindert zu haben. Die Lösung des Dilemmas habe darin bestanden, die Legende vom Widerstand gegen die Entwicklung der Bombe in die Welt zu setzen, obwohl in Deutschland nur ein Reaktor — und dies ziemlich erfolglos - entwickelt worden war. Nach Helmuth Trischler (München) sei trotz der enormen Ausdehnung der Luftfahrtforschung das unkoordinierte Nebeneinander von "small" und "big science" charakteristisch gewesen ("Small or Big Science? Aeronautical Research in Nazi Germany"). Trotz bemerkenswerter Ergebnisse sei die Luftfahrtforschung letztlich wegen organisatorischer Probleme gescheitert. Die staatlich kommandierte Forschungsorganisation sei den Erfordernissen des "Innovationssystems" nicht gerecht geworden. Speziell den Militärs seien trotz der Erfahrung des 1. Weltkrieges Wissenschaft und Technik immer ein "Greuel" geblieben, so der Kommentar von Wilhelm Deist (Freiburg). Für die historische Forschung eröffne sich hinsichtlich der Forschungspolitik des "Reichsamtes für Wirtschaftsausbau" eine gute Quellenlage, wogegen sich bei direkt rüstungsrelevanten Projekten des Heereswaffenamtes große Lücken auftäten.

Manfred Rasch (Duisburg) entwickelte einen umfangreichen Fragenkatalog zur Untersuchung der "Anwendungsbezogenen Forschung und Industrie unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft" und veranschaulichte diesen am Verhältnis der "Industrieforschung und Kaiser-Wilhelm-Institute". Dabei komme es u.a. darauf an, im Längsschnitt die unterschiedlichen Zäsuren zu berücksichtigen, die sich auf den verschiedenen Organisations- und Praxisebenen der Forschung ausmachen ließen. Das Beispiel der Industrieforschung bei der I.G. Farben ("Privileged Applications: Research and Development at I.G. Farben during the NS period") demonstrierte nach Raymond Stokes (Glasgow), daß das "Dritte Reich" keinen negativen Langzeiteffekt auf die chemische Forschung in Deutschland ausgeübt habe. Diese sei im Gegenteil bis 1945 in ihrem Umfang sehr erheblich ausgedehnt worden. Die erfolgreiche Ausweitung der Forschungsaktivitäten, so Paul Erker (Berlin), war auch für die Entwicklung von Reifen aus künstlichem Gummi charakteristisch, hingegen mit "erbärmlichen" Ergebnissen ("Die Rolle der Forschung bei der Ersatzstoffproduktion: Das Beispiel der Continental Gummi-Werke"). Gleichwohl sei gerade wegen des schlechten I.G.-Gummirohstoffs die Forschung und die Entwicklung adäquater Verarbeitungsmethoden sehr vorangeschritten. Daraus resultiere die Frage, woran der "Erfolg" der Wissenschaft im NS-System letztlich zu messen sei. Gerald D. Feldman (Berkeley) warf in seinem Kommentar dementsprechend die Problematik der kurz- bzw. langfristigen Bemessungskriterien auf, wobei die Bedeutung der Industrieforschung im NS-System insgesamt noch nicht geklärt sei. Der für die Grundlagenforschung sehr aufgeschlossene KWG-Präsident Vögler habe den KW-Instituten Freiräume verschafft. Dies stütze die These, die KWG-Wissenschaftler hätten diese im Sinne des Regimes zu nutzen gewußt.

In der fünften Sektion "Geisteswissenschaftliche Forschungen und nationalsozialistische Eroberungspolitik" führte Ingo Haar (Berlin) vor, wie die Geschichtswissenschaft das "Volks- und Kulturboden"-Paradigma in die Forschung integrierte ("Ostforschung" und "deutscher Lebensraum"). Es werde deutlich, daß das in der diesbezüglichen Debatte eingeführte Argument der "Innovation" nicht tragfähig sei. Vielmehr sei das methodische Potential der Volkstumshistorie in erster Linie für instrumentelle Zwecke der Vernichtungspolitik verwandt worden. So wurden nach Michael Fahlbusch (Basel) die Ergebnisse der Volkstumsforschung auch zur Grundlegung des Münchner Abkommens herangezogen ("Für Volk, Führer und Reich. Die volksdeutschen Forschungsgemeinschaften"). Die volksdeutschen Forschungsgemeinschaften seien zu wissenschaftlichen Großorganisationen herangewachsen. Sie legten ab 1939 die wissenschaftlichen Grundlagen für die "Umvolkung". Die "Völkerrechtliche Beratung und Forschung ... am Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht" hat nach Ingo Hueck (Frankfurt/Main) zwar die Versailler Ordnung und den Völkerbund als Machtinstrumente der ehemaligen Kriegsgegner abgelehnt. Die NS-Völkerrechtslehre habe jedoch im KWI keine Plattform gefunden. Die Institutsleitung habe sich der Vereinnahmung durch NS-Institutionen widersetzt. Karen Schönwalder (Frankfurt/Main), "Das Geschichtsbild, die politische Option und Bedeutung des Historikers und außerordentlichen Senators der KWG Heinrich Ritter von Srbik", analysierte die Äußerungen des Österreicherers Srbik hinsichtlich seiner weltanschaulichen Grundlagen und seines Geschichtskonzeptes. Dieser habe die historische Debatte um die klein-/großdeutsche Lösung der Nationwerdung durch das Bezugssystem des "Völkischen" überwunden, indes nicht biologistisch argumentiert. Gleichwohl habe sich seine Perspektive — je mehr er ins politische Licht rückte — von Mitteleuropa auf ganz Europa erweitert, was seine wissenschaftliche Integrität in Frage stelle. Srbik habe zu jenen Historikern gezählt, die das NS-Regime herbeigeschrieben und ihm als Aushängeschild gedient hätten. Kommentator Hartmut Lehmann (Göttingen) unterstrich die milieuspezifischen Effekte während des "Dritten Reiches" auf die Karrieren und schließlich die Übernahme der "systemkonformen Terminologie", wobei auch die mittelalterlichen Studien des KWI für Geschichte in das expansive Konzept des NS eingepaßt wurden. Jedenfalls sei das KWI kein Ort für Systemgegner oder die innere Emigration gewesen.

Michael Grüttner (Berlin/Berkeley) vertrat in der sechsten Sektion "NS- Wissenschaftspolitik und die Politik der KWG als Wissenschaftsorganisation" die These, daß wegen der Wissenschaftsfeindlichkeit Hitlers und der Polykratie der ministeriellen Wissenschaftsinstitutionen keine konsistente NS-Wissenschaftspolitik stattgefunden habe. Insgesamt hätten daher halbstaatliche Organisationen wie die KWG ihre Unabhängigkeit weitgehend wahren können. In ihrer Analyse der KWG im NS ("Surviving the Swastika: The KWG and Science Policy in Nazi Germany") wies Kristie Macrakis (East Lansing) auf die Bedeutung jener KW-Institute für die rüstungsrelevante Forschung hin, die sich wie das KWI für Eisenforschung der angewandten Forschung verschrieben hatten. Dagegen lieferte Notker Hammerstein (Frankfurt/Main) eine Neubewertung der Rolle des 1937 für die Durchführung des Vierjahresplans von 1936 gegründeten Reichsforschungsrates, als diese NS-Forschungsorganisation zielgerichtet und mit ausgewiesenen Fachspartenleitern wie Peter Adolf Thießen und weiteren KWI-Wissenschaftlern auf die Problemfelder der Rohstoff- und Rüstungsindustrie angesetzt wurde ("Die Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Nationalsozialismus"). Trotz deutlicher Mittelausweitung seit seiner Neuordnung 1942 sei dem RFR jedoch keine erfolgreiche Forschungscoordination gelungen. Mitchell Ash (Wien) untersuchte "Emigration und Wissenschaftswandel als Folgen der NS-Wissenschaftspolitik". Wegen der Entlassung von mindestens 2000 Wissenschaftlern infolge der Nürnberger Rassegesetze hätten zahlreiche der nachrückenden Wissenschaftler — auch durch die Ausweitung der Forschungsmittel — mit Selbstgleichschaltung und Loyalität reagiert. Indes sei die These nicht stichhaltig, nach der die Emigration Ursache des Niedergangs der deutschen und eines Aufschwungs der internationalen Wissenschaft war. Die Emigration sei häufig genug gescheitert, und in erfolgreichen Fällen nur durch die besondere Kombination des "tacit

knowledges" der Emigranten und eines "Ermöglichungsrahmens" am neuen Standort gelungen. In seinem Kommentar bestätigte Rüdiger vom Bruch (Berlin) das Fehlen von Studien zur NS-Wissenschaftspolitik und fragte nach dem Ausmaß der Autonomie der Forschung sowie den Auswirkungen der Etatexplosion unter dem DFG-Präsidenten Mentzel.

Die siebte Sektion stand unter der Überschrift "Wissenschaftliche Denkmuster, Methoden und Fragestellungen der Forschung in den Kaiser-Wilhelm-Instituten/Max-Planck-Instituten nach 1945: Kontinuitäten und Brüche". Nach Paul Weindling (Oxford) kam es trotz der Evaluierung der KWI durch alliierte Komitees nach 1945 nicht zur Verfolgung der Verbrecher Mengeles. Auch Othmar v. Verschuer konnte trotz seiner Beteiligung an tödlichen Untersuchungen von KZ-Häftlingen bis 1948 in seiner Position als Direktor verbleiben ("The Survival of the Kaiser-Wilhelm-Institute für Anthropology and Allied Politics to German Medical War Crimes"). Offensichtlich befürchteten die Briten selbst die Beschädigung der Reputation der internationalen scientific community der Genetiker. Hans-Peter Kröner (Münster) vertrat demgegenüber, daß die humangenetische Forschung wegen ihrer Verstrickung und durch die Rückberufung von NS-Wissenschaftlern nach 1945 international in die Isolation geraten sei ("Das KWI für Anthropologie und die Humangenetik in der Bundesrepublik Deutschland"). Am Beispiel der "Arbeitsstätte für Virusforschung" der Kaiser-Wilhelm-Institute für Biochemie und Biologie machte Hans-Jörg Rheinberger (Berlin) deutlich, daß der spätere Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Adolf Butenandt, von der Vertreibung des Direktors des KWI für experimentelle Therapie und Biochemie, Carl Neuberg, profitierte, dessen Nachfolger er wurde. Insgesamt sei festzustellen, daß die KWI-Direktoren Butenandt und Friedrich von Wettstein ihre eigene Forschungspolitik betrieben, bei der sie engste Verbindung zu politisch und kriegswirtschaftlich wichtigen NS-Stellen und Unternehmen suchten. Cathryn Carson (Berkeley) bestätigte die Kontinuitäten, hier im Fall der deutschen Nuklearforschung ("Old Programs, New Politics? Nuclear Reactor Studies after 1945 in the Max-Planck-Institut für Physik") und verwies die vorgeblichen Umbrüche in der "Stunde Null" ins Reich der Legenden. So hätten die Briten - noch ohne eigene Nuklearwaffen - für die schnelle Wiederaufnahme der diesbezüglichen Forschungen in ihrer Besatzungszone gesorgt, und Heisenberg hätte noch bis weit in die 1950er Jahre an dem inzwischen überholten Reaktorprinzip festgehalten. In seinem Kommentar thematisierte Otto Gerhard Oexle (Göttingen) die Selbsteinschätzung der alten und neuen KWG/MPG. Allzu oft sei dabei von der Opferrolle gesprochen worden.

In seiner Schlußbetrachtung faßte der Vorsitzende der Präsidentenkommission, Wolfgang Schieder (Köln/Rom), die Ergebnisse der Konferenz im Hinblick auf die künftige Arbeit des Forschungsprogrammes zusammen. Wichtig seien u.a. vergleichende Studien zur Geschichte der KWG und KW-Institute im NS-System, biographische Analysen und die Bestimmung von Typologien der Wissenschaftseliten, die Konkretisierung der Auswirkungen des polykratischen Rahmens der Forschung auf die Inhalte und Ergebnisse sowie eine Hierarchisierung der Beteiligung an Rüstung, Eroberung und Vernichtung.

Zu den wichtigsten Ergebnissen der Tagung gehört die Erkenntnis, daß wesentliche Teile der Wissenschaftsgeschichte des "Dritten Reiches" weiterhin offen sind. Dazu zählen die ingenieurwissenschaftliche/angewandte Forschung und Entwicklung, die die physischen Mittel der Kriegführung bereitstellten. Ungeklärt ist dabei, inwiefern die international anerkannte theoretische, aber auch angewandte Spitzenforschung der KWG Problemfelder der Rohstoff- und Rüstungswirtschaft zu lösen fähig war, und ob ihre Ergebnisse letztlich in das Rüstungsendprodukt eingearbeitet wurden. Ungeklärt ist auch die These des "Niedergangs" der Wissenschaften im NS-System, wenn man an die Aktion "paperclip" denkt, mit Hilfe derer nach dem 8. Mai 1945 zahlreiche deutsche Spitzenwissenschaftler für den Kalten Krieg aus Deutschland abgezogen wurden. Daß die deutsche Wissenschaft trotz des organisatorischen Chaos erheblich ausgeweitet wurde, legt die Vermutung nahe, daß dies eher umfangreiche, neue Forschungsmöglichkeiten eröffnete. Nachdem sich die Zugehörigkeit zu NS-Organisationen als weitgehend wertloses Kriterium für die Beurteilung der Nähe zum NS-

System erwiesen hat, muß auch das Verhältnis der KWG-Wissenschaftler zum NS-System neu hinterfragt werden. Ihre vergangenheitspolitisch motivierten Äußerungen nach 1945 müssen sich der Gegenprobe der Quellenarbeit stellen.

Helmut Maier

© Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 1999.
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der AHF.
Heruntergeladen von www.ahf-muenchen.de.